

## Kirchenkreuze, volksreligiöse Tempel und die Operation „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ in Zhejiang

Seit April 2014 mehren sich Berichte aus der Provinz Zhejiang über den Abriss von „gesetzwidrigen“ religiösen Gebäuden und Gebäudeteilen, die ohne Regierungsgenehmigung errichtet wurden, sowie über die Zwangsentfernung von Kreuzen auf Dächern und Türmen v.a. staatlich genehmigter Kirchen. Betroffen sind den Berichten zufolge insbesondere protestantische, aber auch katholische Kirchen und Stätten anderer Glaubensrichtungen in der Stadt Wenzhou und der ihr unterstehenden Kreise.

Die Zahl der protestantischen Christen in Wenzhou hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht. Nach Angaben der staatlichen *Global Times* sind 15% der 9 Mio. Einwohner Wenzhous Christen – ein Prozentsatz weit über dem Landesdurchschnitt. Die katholische Diözese Wenzhou zählt 120.000 Gläubige und 188 Kirchen. Nach Angaben des *Guide to the Catholic Church in China 2014* gehören von den 51 Priestern der Diözese 31 der offiziellen, 20 der inoffiziellen Kirche im „Untergrund“ an. Viele Christen in der Geschäftsstadt Wenzhou sind Privatunternehmer, deren Geld und Einfluss sich auch in den teilweise gewaltigen Kirchbauten mit ihren großen Kreuzen zeigt. Doch die traditionellen chinesischen Religionen sind in der Region ebenfalls sehr lebendig. Bereits im Jahr 1996 ergab eine Inspektion der Kultstätten durch die Provinzbehörden die Zahl von 17.900 „illegal“ erbauten Tempeln, Kirchen und Klöstern in Zhejiang (vgl. *China heute* 1996, Nr. 4, S. 98).

132 Kirchen (darunter 13 katholische) in Zhejiang, vor allem in Wenzhou, wurden – nach einer Liste der in den USA ansässigen Organisation ChinaAid – seit Beginn des Jahres bis Ende Juni 2014 entweder abgerissen, oder ihr Kreuz wurde entfernt, oder sie erhielten einen amtlichen Abrissbescheid für Gebäude oder Kreuze. Die Mehrheit, nämlich 90 der gelisteten 132 Fälle, betrifft die Demontage (oder, in einigen wenigen Fällen, Verhüllung) von Dach- oder Turmkreuzen. Die Liste von ChinaAid lässt sich im Einzelnen nicht überprüfen, zeigt aber eine Tendenz auf. Für Stätten anderer Religionen sind keine Auflistungen bekannt, es gibt nur vereinzelte Angaben. So wurden dem Religionswissenschaftler Wei Dedong (Renmin-Universität) zufolge allein im Juli 2013 in einem Kreis, nämlich im Kreis Sanmen, 25 Tempel mit einer Gesamtfläche von 11.000 m<sup>2</sup> abgerissen.

**Die staatlichen Behörden** führen diese Aktionen im Rahmen der dreijährigen Operation „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ (*san gai yi chai* 三改一拆) durch, die von der Pro-

vinzregierung im Februar 2013 eingeleitet wurde und 2015 beendet werden soll. Durch Umgestaltung alter Wohn- und Fabrikviertel und Dörfer in Städten sowie den Abriss gesetzwidrig errichteter Gebäude sollen Stadtplanung und ländliche Planung verbessert, sparsame Landnutzung gefördert und ganz Zhejiang verschönert werden. In der boomenden Region wurde es offenbar bisher generell mit Bauvorschriften nicht so genau genommen. Nach Angaben der *Zhejiang ribao* vom 4. Juli 2014 wurden bis Ende Mai 2014 gesetzwidrige Gebäude aller Art mit einer Gesamtfläche von fast 200 Mio. m<sup>2</sup> abgerissen.

Die Abrisse religiöser Gebäude oder Gebäudeteile im Rahmen der Kampagne erfolgen nach offizieller chinesischer Darstellung wie alle anderen Einebnungen allein aufgrund von Verstößen gegen Bauvorschriften und stellen keine Sonderbehandlung der Religionen dar. Dies illustriert ein Bericht auf einer behördlichen Website des Kreises Pingyang vom 21. Mai: Dort rissen buddhistische Gläubige eigenhändig 700 m<sup>2</sup> gesetzwidrige Gebäude auf dem Gelände des Fansongyan-Tempels in der Großgemeinde Wanquan ab, unter der Leitung des für den Tempel zuständigen buddhistischen Meisters, der mit den Worten zitiert wird: „Wir verstehen und unterstützen alle den Abriss gesetzwidriger Gebäude. Die Religionen stehen nicht außerhalb des Gesetzes. ... Uns ist klar geworden, dass ein Teil der Gebäude in unserem Tempel gegen Vorschriften verstößt, es wäre in der Tat unsinnig, sie nicht abzureißen.“ Ebenfalls in Wanquan rissen dem Bericht zufolge einsichtige Katholiken gesetzwidrige Gebäude auf dem Gelände ihrer eigenen Kirche ab. Auf höchster Staatsebene erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Hong Lei am 20. Mai in einer Stellungnahme gegenüber *The Telegraph*: „Die Abrisse fanden statt, weil diese Stätten entgegen den einschlägigen Bestimmungen gebaut wurden. Es hat nichts mit religiösem Glauben zu tun.“

Dass es aber doch gesonderte Pläne zur Behandlung „gesetzwidriger“ religiöser Gebäude gibt, lässt sich aus Websites örtlicher Regierungen in Zhejiang schließen. Der „Plan zur Durchführung der Arbeit der speziellen Regulierung gesetzwidriger Gebäude von Stätten für religiöse und Volksglaubensaktivitäten in der Großgemeinde Shamen“ (Stadt Taizhou, Zhejiang) vom 18. Dezember 2013, der sich auf die Operation „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ bezieht, listet sieben Arten religiöser Gebäude auf, die zerstört werden müssen: 1. Nicht amtlich genehmigte und registrierte private protestantische Treffpunkte und andere illegale religiöse Versammlungsstätten; 2. ohne amtliche Genehmigung errichtete vorschriftswidrige Gebäude oder über den ursprünglich genehmigten Plan hinausgehende Gebäudeflächen von gesetzmäßig registrierten religiösen

Versammlungsstätten; 3.-7. Kleine Tempel (*xiao miao xiao an* 小庙小庵), die entweder illegal auf Ackerland gebaut sind, oder die öffentliche Sicherheit, große Bauprojekte oder den Aufbau schöner Dörfer beeinträchtigen, oder an beiden Seiten von Hauptverkehrsstrecken liegen, oder dem Gewinnstreben unter dem Vorwand von Religion dienen. Das Dokument fordert ferner dazu auf, die Verwaltung volksreligiöser Stätten weiter zu standardisieren, einige zu fusionieren und andere in Stätten für Seniorenaktivitäten oder Kulturveranstaltungen umzuwandeln. Auf der Webseite des Wenzhouer Stadtbezirks Lucheng heißt es in einem Bericht vom 21. März, dass ab Januar 2014 gesetzwidrige Gebäude innerhalb legaler religiöser Versammlungsstätten, private protestantische Treffpunkte u.a. gesetzwidrige Gebäude sowie gesetzwidrige Gebäude volksreligiöser Stätten systematisch erfasst wurden. Als erste große Aktion wurde laut Bericht am 18. März ein gesetzwidriges 300 m<sup>2</sup>-Gebäude des volksreligiösen Tempels Yeshimiao abgerissen, das im Dorf Shuixin am Flussufer stand und dort eine „visuelle Verschmutzung“ darstellte.

Während diesen Texten zufolge protestantische Hauskirchen und volksreligiöse Stätten im Fokus der Kampagne standen, Gruppen also, die schon bisher immer wieder Ziel religionspolitischer Angriffe waren, stellt die Demontage von Kreuzen von den Dächern großenteils registrierter Kirchen eine gewisse Neuheit dar, zumal offenbar – wie sich aus der Stellungnahme der nationalen protestantischen Gremien vom 25. Mai (s.u.) indirekt schließen lässt – keineswegs alle dieser Kreuze das im ursprünglichen Bauplan vorgesehene Maß überschritten. Hierzu fanden sich Hinweise in internen Regierungsdokumenten. Ian Johnson schrieb am 29. Mai in der *New York Times*, dass ein der Zeitung vorliegendes internes Dokument der Provinzregierung von Zhejiang als Ziel zwar die Regulierung „exzessiver religiöser Stätten“ angebe, doch nur eine Religion, das Christentum, und nur ein Symbol, das Kreuz, spezifiziere. „Die Priorität ist, die Kreuze an Stätten für religiöse Aktivitäten an beiden Seiten von Autobahnen, Nationalstraßen und Provinzstraßen zu entfernen“, zitiert Johnson das Dokument. „Im Lauf der Zeit und in Etappen [sind] die Kreuze von den Dächern herunter an die Fassaden zu bringen.“ Es gehe also klar um eine Strategie, das öffentliche Profil des Christentums zu reduzieren, schrieb Johnson. ChinaAid berichtete am 20. Mai ebenfalls von einem internen Dokument der Provinzregierung, das dazu auffordere, „klar die politischen Themen hinter dem Kreuz zu sehen“ und „resolut Infiltration abzuwehren“. Als Erklärung für das plötzlich einsetzende Vorgehen gegen Kreuze kursierten in den Medien verschiedene Versionen eines Berichts, dass der Parteisekretär der Provinz, Xia Baolong, sich Anfang 2014 bei einem Besuch in Wenzhou von den weithin sichtbaren großen Kreuzen der Kirchen irritiert gezeigt und Gegenmaßnahmen gefordert habe.

Signalwirkung erreichte die **Zerstörung der protestantischen Sanjiang-Kirche**, einer 2.000 Gläubige fassenden,



Am 30. Mai 2014 wurde das große rote Kreuz der Dongyang-Kirche im Kreis Yongjia, Wenzhou, von den Behörden demonstriert. Foto und Bericht: ChinaAid 6.06.2014.

aufwendig gebauten neuen Kirche im „gotischen“ Stil, die mit Zustimmung der Behörden (wenn auch offenbar größer als genehmigt) gebaut und offiziell registriert war und noch im September 2013 von der örtlichen Regierung als „Modellprojekt“ bezeichnet worden war. Am 3. April erhielt die Kirche nach Berichten von ChinaAid u.a. Medien einen amtlichen Bescheid, dass das Gebäude illegal sei und ein Sicherheitsrisiko darstelle; es sei zunächst aber um die Entfernung des großen Kreuzes auf der Spitze der Kirche gegangen, was die Gemeinde abgelehnt habe. Bis zu 3.000 Christen aus ganz Wenzhou kamen Anfang April und dann wieder ab 22. April, um die Kirche zu bewachen. Von den Auseinandersetzungen um die Sanjiang-Kirche berichtete am 10. und 17. April sogar die offizielle *Global Times*. Schließlich wurde die Kirche am 28. April von Polizeikräften abgeriegelt und abgerissen. Einige Kirchenleiter und Gläubige wurden festgenommen oder unter Hausarrest gestellt. In den folgenden Monaten setzten sich die Zwangsdemontagen von Kreuzen fort, teils mit der Drohung der Behörden, die ganze Kirche abzureißen, falls die Gemeinde die Entfernung des Kreuzes nicht akzeptiere. Dies war nach einem Bericht der *South China Morning Post* beispielsweise der Fall bei der unter den Drei-Selbst operierenden protestantische Yahui-Kirche im Kreis Pingyang (Wenzhou), deren Kreuz am 19. Juni abmontiert wurde.

Auch im Bereich der katholischen Kirche gab es einige Vorfälle. Am 25. April demonstrierten 50 Arbeiter im Auftrag der Behörden eine katholische Kreuzweganlage auf dem Hügel Longgangshan in Liushi, Kreis Yueqing (Wenzhou). Wie UCAN berichtete, kam es bei der Demontage selbst zu keiner Konfrontation, da die Behörden sich an ihr Versprechen hielten, drei nicht transportierbare, bis zu 5 Tonnen schwere Statuen der Muttergottes, Christi und des heiligen Josef nicht zu zerstören; sie wurden stattdessen eingemauert. Die übrigen Heiligenfiguren und Kreuzwegstationen wurden abtransportiert und in einem kirchlichen Gebäude eingelagert, alle anderen religiösen Symbole der

Anlage zerstört. Am 24. April wurde nach Angaben von UCAN das vierstöckige Haus eines dem inoffiziellen Teil der Diözese Wenzhou angehörenden katholischen Laien abgerissen, das die Behörden als religiösen Treffpunkt im Untergrund bezeichneten; die zwei oberen Stockwerke verstießen zudem gegen die örtlichen Bauvorschriften. Bei einer Auseinandersetzung während des Zwangsabrisses schlugen und verletzten staatliche Beamte vier Katholiken. – Der ChinaAid-Liste zufolge waren auch mehrere katholische Kirchen von Kreuzabrissen betroffen, darunter mindestens zwei große, neugebaute offizielle katholische Kirchen (in Luoxi und Shikou, beide Kreis Yongjia).

**Reaktionen aus den offiziellen Kirchen.** Die Vorfälle in Wenzhou, die diesmal ja in hohem Maß auch die offiziellen, mit der Regierung kooperierenden Kirchen betrafen, lösten eine solche Erschütterungen unter den Christen in ganz China aus, dass sich ungewöhnlicherweise auch leitende Gremien und Vertreter der offiziellen protestantischen Kirche zu öffentlichen Stellungnahmen veranlasst sahen. Der Chinesische Christenrat und die Patriotische Drei-Selbst-Bewegung riefen am 25. Mai in einer Stellungnahme, die auf der Website der Gremien erschien, zwar die Gläubigen dazu auf, beim Vorgehen der Behörden gegen gesetzwidrige Gebäude mit diesen verständnisvoll zu kooperieren, baten aber gleichzeitig die Behörden, sich mit den Christenräten und Gemeinden zu beraten, und wiesen auf die Beeinträchtigung der gesellschaftlichen Harmonie durch Zwangsabrisse hin. Sie forderten zudem einen sofortigen Stopp der Demontage von Kreuzen, sofern sie nicht das im ursprünglichen Plan vorgesehene Maß überschritten oder Sicherheitsmängel vorlägen (siehe die *Dokumentation* dieser Nummer). Bereits am 26. April sprach Pastor Chen Yilu, Leiter des Nanjing Union Theological Seminary, in einem Blogbeitrag auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Sanjiang-Kirche (noch vor deren Zerstörung) angesichts der „groben und harten Methoden“ der Provinzregierung von „gescheiterter Regierungsführung“ und sogar einem „der ernsthaftesten Zwischenfälle“ von Konfrontation zwischen Regierung und religiösen Volksmassen „seit der Gründung der VR China“. Er sah einen immensen Verlust für das Ansehen der Christenräte und prognostizierte, dass sich künftig viele Gläubige nicht mehr in deren Umfeld zusammenfinden [d.h. in Hauskirchen abwandern] würden (siehe *Dokumentation*). Gao Ying, Dekanin des Yanjing Theological Seminary in Beijing, sagte laut *New York Times*, die Sanjiang-Kirche sei eine legale und registrierte Gemeinde und hätte einen besseren Ausgang verdient gehabt.

Deutliche öffentliche Worte des Protestes zumindest gegen die Kreuzabriss fand man seitens des offiziellen Teils der Diözese Wenzhou bei einem Festgottesdienst mit Einweihung eines Bibelzentrums in der Kathedrale von Wenzhou, wie aus einem auf der Website der katholischen Zeitung *Xinde* (*Faith*, Shijiazhuang) publizierten

Bericht hervorgeht. Bei dem Gottesdienst am 30. Mai waren Bischof Zhu Weizhang, 18 Priester und 400 Katholikenvertreter aus allen Pfarreien des Bistums anwesend. In seiner Predigt ging Pfarrer Zhong Jinxing sogar so weit zu sagen, dass es sich bei den derzeit überall in Zhejiang stattfindenden Kreuzabrissen um die schwerwiegendsten Angriffe des Staates auf die Religion seit Beginn der Reform und Öffnung handle. Er rief die Regierung dazu auf, den christlichen Glauben zu respektieren und die Kreuzabrissse zu beenden. Nach der Predigt habe sich in der Kirche langer und kräftiger Applaus erhoben, der auch ein starker Protest gegen die grundlosen Kreuzabrissse der Regierung gewesen sei, heißt es in dem Bericht. Schon anlässlich des Weltgebetstags für die chinesische Kirche war am 26. Mai bei einem Taizégebet in der Kathedrale angesichts der Kreuzproblematik speziell auch für die Kirche in Wenzhou gebetet worden. Nach dem Gebet hätten sich viele Gläubige sehr besorgt über die vielen Kirchabrissse geäußert, hieß es in der ebenfalls bei *Xinde* publizierten Meldung.

**Zu den Hintergründen** der mutmaßlichen Versuche in Zhejiang, den christlichen Einfluss einzudämmen, machten Kommentatoren einige interessante Anmerkungen. Ian Johnson wies in der *New York Times* darauf hin, dass auch die Spannungen zwischen dem wachsenden Christentum und anderen Religionen zunehmen. Der Einebnung der Sanjiang-Kirche sei eine örtliche Petition vorangegangen, in der die Kirche beschuldigt worden sei, das *fengshui* der Gegend zu zerstören, d.h. die geomantischen Prinzipien zu verletzen, die in der traditionellen Volksreligiosität eine große Rolle spielen, schrieb Johnson. Auch beschwerten sich manche, dass die Kirchen die traditionellen Tempel verdrängten, mit denen sie in der bergigen Region um Platz konkurrierten. Die Kommunistische Partei wiederum unterstütze stärker die traditionellen chinesischen Religionen und neuerdings sogar den Volksglauben. Johnson verwies zudem darauf, dass der Protestantismus mit der Debatte um „universale Werte“ verbunden sei und beispielsweise ein überproportionaler Anteil der Rechtsanwälte, die prominente politische Fälle übernähmen, Protestanten seien. Bernardo Cervellera wiederum vermutete in *AsiaNews* wirtschaftliche Gründe – Zugriff auf das von kirchlichen Gebäuden belegte Land für Bauspekulationen – als ein Hauptmotiv hinter dem Vorgehen gegen Kirchen.

Vor allem die kleinen volksreligiösen Stätten sah dagegen der Religionswissenschaftler Wei Dedong im Fokus der Aktionen gegen „gesetzwidrige religiöse Stätten“. In einem Beitrag auf der Website der Zeitschrift *Zhongguo minzu bao* am 12. Juni argumentierte er, dass es beim Abriss kleiner Tempel wenig Widerstand gebe, weil der Organisationsgrad der traditionellen chinesischen Religionen niedrig sei. Das sei bei dem stärker organisierten Christentum ganz anders, wie das Beispiel der Sanjiang-Kirche gezeigt habe, wo es sofort *sit-ins* von 3.000 Gläubigen, gemeinsame Verlautbarungen und schließlich internationale Unterstützung

und Medienberichte gegeben habe. Generell mahnte Wei zu besonderer Vorsicht beim Abriss von gesetzwidrigen Kirchen und Tempeln, die die Bedürfnisse der Bevölkerung nach einem religiösen Leben widerspiegeln. „Wenn die gesetzwidrigen [Stätten] abgerissen und keine legalen genehmigt werden, wohin sollen die gläubigen Massen dann gehen?“, fragte Wei. Er prognostizierte, dass auf den Abriss gesetzwidriger religiöser Stätten im großen Stil eine Zeit der schnellen Entwicklung religiöser Untergrundaktivitäten folgen werde.

**Ausblick.** Viele Kommentatoren stimmen darin überein, dass man noch nicht sagen kann, ob die Vorfälle in Zhejiang ein lokales Phänomen sind oder Vorboten genereller Anstrengungen von Partei und Staat, das Wachstum des Christentums in China zu verlangsamen. Einige Beobachter bringen das Vorgehen gegen christliche Kirchen und Kreuze in Zhejiang in Zusammenhang mit anderen Äußerungen in der letzten Zeit, die vor religiöser Infiltration durch ausländische Kräfte warnen. So sprach das erste „Blaubuch zur nationalen Sicherheit“, das am 6. Mai im Verlag der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften veröffentlicht wurde, von einer schwerwiegenden Gefährdung der nationalen Sicherheit durch religiöse Infiltration. Bereits 2011 rief ein internes Regierungsdokument zur Abwehr der ausländischen Infiltration von Hochschulen mittels Religion auf (siehe die „Chronik“, Eintrag vom 6. Mai, und die Dokumentation in dieser Nummer).

Katharina Wenzel-Teuber

**Quellen** (2014, außer anders angegeben): *AsiaNews* 20.05.; *China Source Blog* 11.06.; *The Diplomat* 3.06.; *Global Times* 10.,17.04.; *New York Times* 4.04.; 29.05.; *The Telegraph* 28.04.; 20.05.; 17.06.; *South China Morning Post* 20.,23.06.; *UCAN* chin. 25.04.; *UCAN* engl. 30.04.; *Washington Post* 4.04.; [www.chinaaid.org](http://www.chinaaid.org) 4.,12.,29.04.; 20.05.; 6.06.; [www.chinacatholic.org](http://www.chinacatholic.org) 27.05.; 1.07.; [www.ccctspm.org](http://www.ccctspm.org) 12.05.; Jean Charbonnier, *Guide to Catholic Church in China 2014*, Singapore 2013, S. 532f.

Liste der von Gebäude- oder Kreuzabbrissen betroffenen Kirchen in Zhejiang sowie Links zu Regierungsdokumenten unter [www.chinaaid.org/2014/05/china-aid-receives-compilation-of-64.html](http://www.chinaaid.org/2014/05/china-aid-receives-compilation-of-64.html), Update 8. Juli. „Wanquan: Zongjiaojie zi chai weifa jianzhu“ 万全: 宗教界自拆违法建筑 (Wanquan: Religiöse Kreise reißen selbst gesetzwidrige Gebäude ab), 21.05., [py.66wz.com/system/2014/05/21/011670054.shtml](http://py.66wz.com/system/2014/05/21/011670054.shtml). „Shamen zhen zongjiao he minjian xinyang huodong changsuo weifa jianzhu zhuanxiang zhengzhi gongzuo shishi fang'an“ 沙门镇宗教和民间信仰活动场所违法建筑专项整治工作实施方案 (Plan zur Durchführung der Arbeit der speziellen Regulierung gesetzwidriger Gebäude von Stätten für religiöse und Volksglaubensaktivitäten der Großgemeinde Shamen), 18.12.2013; der Text findet sich nicht mehr auf der Regierungswebsite [yuhuan.gov.cn](http://yuhuan.gov.cn), aber u.a. auf der Website des Beijinger Pushi Institute unter [www.pacilution.com/ShowArticle.asp?ArticleID=4877](http://www.pacilution.com/ShowArticle.asp?ArticleID=4877) und in Auszügen in dem Beitrag von Wei Dedong (s.u.). „Duofang liandong, Shuixin zhongdui shunli chaichu xiaqu zongjiao changsuo weifan“ 多方联动, 水心中队顺利拆除辖区宗教场所违建 (In gemeinsamer Aktion vieler Seiten reißt ein Team in Shuixin problemlos ein gesetzwidriges Gebäude einer religiösen Stätte ab), 21.03., [www.lucheng.gov.cn/art/2014/3/21/art\\_65\\_127597.html](http://www.lucheng.gov.cn/art/2014/3/21/art_65_127597.html). Wei Dedong 魏德东, „Miaoyu qiangchai hou, xinjiao qunzhong he qu he cong?“ 庙宇强拆后, 信教群众该何去何从? (Wohin sollen die gläubigen Massen gehen, wenn die Tempel gewaltsam abgerissen sind?), 12.06., [www.mzb.com.cn/html/Home/report/140624789-1.htm](http://www.mzb.com.cn/html/Home/report/140624789-1.htm). Zum Phänomen der Boss-Christen in Wenzhou siehe auch *China heute* 2009, Nr. 1, S. 33-46, zur katholischen Kirche in Wenzhou siehe ebd. 2011, Nr. 2, S. 100-102.

## 25-jähriges Gedenken an die Opfer von Tian'anmen

Mit einer Rekordzahl von mehr als 180.000 Teilnehmern (im vergangenen Jahr 150.000) – so Schätzungen der veranstaltenden Hongkonger Allianz zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China – gedachten die Hongkonger am Abend des 4. Juni im Victoria Park den Opfern des Massakers am Tian'anmenplatz in Beijing im Jahre 1989. Die Polizei sprach von 99.500 Teilnehmern (im Vergleich zu 54.000 im letzten Jahr). Von Jahr zu Jahr nehmen auch immer mehr Chinesen vom Festland an der jährlich stattfindenden Gedenkfeier teil.



Teilnehmer lesen im Programm- und Liedblatt der Gedenkveranstaltung. Foto: Kathrin Harms.

Unter den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung waren auffallend viele junge Leute, die meisten nach dem Dresscode in Schwarz gekleidet. Kerzen wurden entzündet, Banner mit Aufschriften wie „Für eine Rehabilitierung des 4. Juni“ oder „Unterstützt die Mütter vom Tian'anmen“ hochgehalten. Es gab Momente der Stille, Lieder wurden gesungen, Namen und Alter von Getöteten sowie Namen von jüngst verstorbenen Müttern der Opfer vorgelesen, ein riesiger Blumenkranz an einer Statue der „Göttin der Demokratie“ abgelegt, während die Menge sich mehrfach vor den Toten verbeugte.

Neben verschiedenen Reden wurden auch Videobottschaften von Dissidenten im Exil, unter ihnen Wang Dan, Wu'er Kaixi, Yan Jiaqi und Wang Juntao, gezeigt. „Xi Jinping soll die Kerzenlichter sehen,“ rief Lee Cheuk-Yan, der Hauptorganisator, der Menge zu. „In Hongkong werden wir bis zum Ende kämpfen.“ Am Ende rief die Allianz zur Teilnahme am Marsch für Demokratie am 1. Juli – dem Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an China – auf. Am Rande der Veranstaltung kam es zu einem Handgemenge mit Vertretern der Pro-Beijinger Gruppe „Voice of Loving Hong Kong“, die Polizei musste schlichten. – Die Hongkonger Allianz zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China hat jüngst mit dem Museum zum Gedenken an den 4. Juni in Kowloon auch einen dauerhaften Erinnerungsort eingerichtet.

Vor Beginn der Rally hatten sich – laut *Sunday Examiner* etwa 1.000 – Christen zu ihrer traditionellen Gebetsvigil versammelt. Dieses Jahr waren es vor allem die Katholiken, die zum Gebet aufgerufen hatten. Federführend für die Organisation war die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Hongkong. Kardinal Josef Zen Ze-kium, 82, bezweifelte, dass zu seinen Lebzeiten den Opfern noch Gerechtigkeit widerfahren würde. Die Täter hätten ihre Missetaten weder zugegeben noch sich dafür entschuldigt, sagte er in seiner Rede. Er rief die Anwesenden dazu auf, das Gedächtnis an Tian'anmen lebendig zu halten und die Freiheit Hongkongs zu schützen. Auch in Hongkong sollte die Religionsfreiheit nicht für selbstverständlich genommen werden. Er kritisierte die Korruption in China, aber auch Missstände in der Kirche. Einige der Bischöfe seien Handlanger der Regierung, manche der vom Papst anerkannten Bischöfe würden sogar den Slogan der Autonomie ausrufen. Auch rief der Kardinal die Menge dazu auf, sich Ende Juni am informellen Referendum als Vorbereitung auf die Wahl des Hongkonger Chief Executive 2017 zu beteiligen. Nach dem Gebet zogen die Teilnehmer in einer Lichterprozession Richtung Hauptveranstaltung, an der zum ersten Mal auch Kardinal Zen teilnahm.

In einem Statement, das zum 4. Juni herausgegeben wurde, rief der Mainland Affairs Council der Regierung Taiwans China dazu auf, sich der Bedeutung des Tian'anmen-Massakers zu stellen und die „historische Wunde“ in Energie für die Umsetzung wahrer Reformen des politischen und gesellschaftlichen Systems zu verwandeln. China solle die „unterschiedlichen Meinungen“ in der Öffentlichkeit respektieren und tolerieren und die Menschenrechte der Dissidenten und Rechtsaktivisten schützen. Das Wohlergehen der Menschen sei „Kernwert“ und „gemeinsames Ziel“ von Taiwan und China in beider Beziehungen. Am Abend des 4. Juni sprachen chinesische Dissidenten im Exil zu einer Menge von etwa 500 Personen, die sich in Taipei versammelt hatten.

Der Dalai Lama drängte in einem Statement die Beijing-Regierung, sich für Demokratie einzusetzen. Im Gebet gedachte er der Toten von Tian'anmen.

Im Kontrast dazu war es an dem Tag um den Tian'anmen-Platz in Beijing selbst ruhig – der Platz wurde schon Tage zuvor intensiv von Sicherheitskräften bewacht, die Personkontrollen wurden ausgeweitet. Im Vorfeld des Jahrestages kam es vermehrt zu Festnahmen, u.a. von Rechtsanwälten, Journalisten und Künstlern. Unter ihnen war auch der buddhistische Mönch Shengguan (ziviler Name Xu Zhiqiang), der sich 1989 an der pro-demokratischen Bewegung in Xi'an beteiligt hatte und immer wieder für die Opfer vom Tian'anmen seine Stimme erhob; Xu wurde 2001 Mönch. Chinese Human Rights Defenders – ein Netzwerk von chinesischen und internationalen NGOs im Menschenrechtsbereich – veröffentlichte eine Liste mit mehr als 100 Personen, die im Zusammenhang mit dem Jahrestag festgenommen, unter Hausarrest gestellt oder befragt (Ein-



Kardinal Joseph Zen während der Gebetsvigil vor der Rally.  
Foto: Kathrin Harms.

ladung zum „Teetrinken“) wurden. Auch funktionierten die Google-Dienste (einschließlich Gmail) nicht mehr.

Nur wenige Familienmitglieder von einigen Opfern, die 1989 umkamen, durften den Wan'an-Friedhof, auf dem Opfer begraben sind, besuchen – auch dies unter strenger Bewachung. Zhang Xianling, Mitbegründerin der „Mütter vom Tian'anmen“, sagte, sie sei von mindestens 20 Beamten in Zivil beobachtet worden. Dies zeige, dass es den Behörden noch immer an Mut fehle, „den schwerwiegenden Fehler von vor 25 Jahren“ zuzugeben. Ding Zilin, eine der bekanntesten „Mütter vom Tian'anmen“, teilte *Kyodo News* mit, die Polizei habe sie quasi in der Provinz Jiangsu unter Hausarrest gestellt und daran gehindert, in Beijing ihres toten Sohnes zu gedenken.

Katharina Feith

**Quellen** (2014): *AFP* 5.06.; *Central News Agency* (Taipei) 3.06; *FAZ* 4.06.; *International New York Times* 5.06; *Kyodo News Service* 19.05; 4.06; *South China Morning Post* 4., 12.06.; *Sunday Examiner* 14.06; *UCAN* 5.06.; [www.kontinente.org](http://www.kontinente.org).

### Taiwan: Mehr Hotels bieten *halal*-Menüs an

Mit der Aufnahme von Direktflügen von Dubai nach Taipei Ende März 2014 bemühen sich vermehrt 5-Sterne Hotels in Taipei, Menüs anzubieten, die *halal* sind, d.h. den muslimischen Speisevorschriften entsprechen, und so den Gourmet-Ansprüchen der gut betuchten Reisenden aus den muslimischen Ländern des Mittleren Ostens zu genügen. Kürzlich verlieh das Tourismusbüro vier Hotels in Taipei, einem in New Taipei City, je einem in Hualien und Chiayi sowie 13 weiteren Restaurants ein Zertifikat.

Die Hotelküchen dürfen unter anderem die entsprechenden Zutaten nur von bestimmten, anerkannten Lieferanten beziehen. Die für die Zertifizierung zuständige Chinesische muslimische Vereinigung in Taipei rechnet mit einem starken Zuwachs auf dem Tourismusmarkt aus der genannten Region, was vor allem die besten Hotels beflügelt, sich mit

ihrem Speiseangebot auf muslimische Gäste einzustellen. Der Generalsekretär der muslimischen Vereinigung, Sala-huding Ma (Ma Chaoyan), sprach vor der Presse am 20. März 2014 von der einzigartigen Möglichkeit Taiwans, Umschlagsplatz für *halal*-Speisen für die gesamte Region zu werden. Selbst im Flughafen von Beijing sei kein *halal*-Menü zu finden. Im Moment zählt Taiwan 50 zertifizierte *halal*-Restaurants.

Der Vize-Direktor des Tourismusbüros, Wayne Liu, rief in Erinnerung, dass letztes Jahr 160.000 muslimische Touristen aus asiatischen Ländern wie Malaysia die Insel besuchten und dabei 256 Mio. US\$ ausgaben. Nun rechnet er aber dank der direkten Flugverbindungen mit 200.000 Touristen und entsprechend höheren Einnahmen.

Die Hotels Regent Taipei und Landis Taipei brachten außerdem nach Mekka ausgerichtete Hinweisschilder an, wohin die Gläubigen bei ihren täglichen Gebeten ihren Blick wenden können.

Willi Boehi

## Taiwan: Fünf zum Tode Verurteilte hingerichtet

Auf Anordnung der Justizministerin Luo Ying-shay (Luo Yingxue) wurden am 29. April 2014 fünf zum Tode Verurteilte in ihren Gefängnissen durch Erschießen hingerichtet.

Nach offizieller Mitteilung handelt es sich um Teng Kuo-liang in Taipei, Liu Yen-kuo in Taichung, die Brüder Tu Ming-hsiung und Tu Ming-lang in Tainan sowie Tai Wen-cheng in Hualien. Laut Vize-Justizminister Chen Ming-tang hatten sich die fünf Männer für insgesamt elf Morde, Verletzungen von vier Personen sowie über 30 Raubdieb-

stähle zu verantworten. Dabei kam es zu Folterungen und anderen Grausamkeiten.

Zur Verteidigung der Hinrichtungen fügte Chen an, zwischen 70 und 80 Prozent der Öffentlichkeit unterstützten die Beibehaltung der Todesstrafe. Dazu fehlt allerdings jegliche Quellenangabe einer wissenschaftlichen Umfrage. Außerdem, so Chen, bestehe keine Verletzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, da dieser Ländern, die die Todesstrafe nicht abgeschafft hätten, nicht das Recht abspreche, diese zu vollstrecken, sondern nur fordere, die Todesstrafe auf schwere Verbrechen zu beschränken. – Momentan weist die Liste der verurteilten Todeskandidaten landesweit noch 47 Namen aus.

Tags darauf kritisierte Lin Hsin-yi, die geschäftsführende Direktorin der Taiwan-Allianz zur Abschaffung der Todesstrafe, die Hinrichtung der fragwürdig Verurteilten und prangerte diese als Mittel an, von den wochenlangen Demonstrationen gegen ein Atomkraftwerk sowie gegen das Abkommen mit China über den Freihandel von Dienstleistungen, das nur die großen Firmen begünstigen würde, abzulenken.

Das European Economic and Trade Office in Taipei wiederholte wie schon früher den Einspruch der Europäischen Union gegen Taiwans Anwendung der Todesstrafe.

Amnesty International beklagte, die fünf Verurteilten seien ohne vorherige Benachrichtigung der Angehörigen und Rechtsanwälte erschossen worden.

Im Jahr 2013 verhängte Taiwan sieben Todesstrafen und führte sechs Exekutionen aus. Seit der Präsidentschaft von Ma Ying-jeou im Mai 2008 handelt es sich um die fünfte Hinrichtung mit insgesamt 26 Verurteilten, nachdem Taiwan zwischen Ende 2005 und April 2010 diesbezüglich ein *de facto*-Moratorium beobachtet hatte.

Willi Boehi

## Chronik zu Religion und Kirche in China 3. April bis 29. Juni 2014

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums ([www.china-zentrum.de](http://www.china-zentrum.de)). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2014, Nr. 1, S. 13-19) reichte bis einschließlich 19. März 2014.

3. April 2014:  
**Xinhua: Buddhistischer Tempel in Hangzhou bildet Anti-Terror-Einheit**  
Aus 20 Mönchen des Lingyin-Tempels und über 20 Sicherheitsbediensteten wurde die Einheit zusammengestellt, die mit Schilden, Pfefferspray und Schlagstöcken ausgerüstet ist und von der örtlichen Polizei trainiert wird. Der Tempel wird täglich von 10.000 Touristen und Gläubigen besucht. Es sei die erste solche Einheit in einem buddhistischen Tempel, meldete *Xinhua* (3.04.)

24. und 25. April 2014:  
**Behörden in Wenzhou (Zhejiang) demontieren Kreuzweg und Haus eines Katholiken im Untergrund**  
Die Figuren und Tafeln des auf einem Hügel im Freien gelegenen Kreuzwegs wurden am 25. April abtransportiert bzw. eingemauert, die restlichen religiösen Symbole der Anlage zerstört. Das am 24. April abgerissene Haus eines Laien diente den Behörden zufolge als religiöser Treffpunkt im Untergrund (*UCAN* 30.04.). Siehe hierzu den Beitrag in den Informationen und den Eintrag vom 28. April.

28. April 2014:

### Die protestantische Sanjiang-Kirche in Zhejiang wird von den Behörden zerstört



Bagger reißen die Seitenwände der Sanjiang-Kirche ein. Foto: CERF.

Vorausgegangen war ein Monat von Verhandlungen der Kirchengemeinde mit den Behörden; zeitweise bewachten bis zu 3.000 Gläubige die Kirche. Der Abriss der Kirche, die bei den Behörden registriert war, fand im Rahmen der dreijährigen (2013–2015) Operation „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ in der Provinz Zhejiang statt. Seit April 2014 (und teilweise schon in den Monaten davor) wurden in Zhejiang zahlreiche „gesetzwidrige“ religiöse Gebäude und Gebäudeteile abgerissen und viele Kreuze von den Dächern und Türmen christlicher Kirchen entfernt. Gremien und Vertreter auch der offiziellen Kirchen sahen sich zu Stellungnahmen veranlasst. Zu den Einzelheiten siehe die Informationen und die Dokumentation dieser Nummer.

30. April 2014:

### Bekanntmachung des Ministeriums für Zivilverwaltung und des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten zur Regulierung der Aufnahme von Waisen- und Findelkindern durch religiöse Kreise

Durch das neue Regelwerk wird die Aufnahme von Waisen- und Findelkindern durch religiöse Organisationen reguliert. Dies bezieht sich nicht nur auf die räumliche Unterbringung, die im Hinblick auf Brandschutz- und Hygienebestimmungen den nationalen Standards entsprechen muss. Auch Beaufsichtigung, Pflege, Erziehung und Ausbildung sollen gewährleistet und die Rechte und Interessen der Kinder berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit von Ämtern und Waisenhäusern soll verbessert und intensiviert werden, und für die Waisen- und Findelkinder wird von staatlicher Seite der grundlegende Lebensunterhalt gemäß den lokalen Standards bereitgestellt. Die neuen Regelungen beziehen sich allerdings nur auf Heime, die von religiösen Organisationen, die staatlich anerkannt und registriert sind,

geführt werden. Während die sozialen Aktivitäten für Waisen- und Findelkinder solcher Organisationen legalisiert und gefördert werden, hat sich die Situation der von der inoffiziellen Kirche geführten Heime gravierend verschlechtert, denn da die inoffizielle Kirche nicht zu den gesetzlich registrierten religiösen Gemeinschaften gehört, dürfen durch sie oder die von ihr geschaffenen Organisationen keine Heime für Waisen- und Findelkinder geführt werden, woraus folgt, dass diese Heime geschlossen werden müssen. Eine weitere Regelung besagt, dass die von religiösen Organisationen aufgenommenen Kinder nicht dazu gedrängt werden dürfen, deren religiösen Glauben anzunehmen. Auch diese Bestimmung und deren interpretationsbedürftige Formulierung sind problematisch ([www.mca.gov.cn/article/zwgk/fvfg/shflhshsw/201405/20140500631165.shtml](http://www.mca.gov.cn/article/zwgk/fvfg/shflhshsw/201405/20140500631165.shtml); *China Daily online* 6.05.; *Xinhua* 5.05.). – Eine Übersetzung dieser Bekanntmachungen befindet sich in der Dokumentation dieser Nummer. Jan Kwee

6. Mai 2014:

### Erstes Blaubuch zur nationalen Sicherheit warnt vor Infiltration durch Religion

Religiöse Infiltration bedrohe die Identität des sozialistischen Glaubens, stellt das Blaubuch mit dem englischen Titel *Annual Report on China's National Security Studies (2014)* fest. Es wurde vom Zentrum für internationale Strategie und Sicherheitsstudien der University of International Relations kompiliert und erschien im Verlag der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Die religiöse Infiltration Chinas durch feindliche westliche Kräfte nehme immer vielfältigere Formen und größeren Umfang an, sie sei agitatorisch und trügerisch, heißt es in dem Blaubuch (hier dargestellt nach einem Bericht der Beijinger Zeitung *Xinjingbao*). Die ausländischen religiösen Infiltrationskräfte hätten ihre Fühler schon in alle Bereiche der chinesischen Gesellschaft ausgestreckt. Als Beispiel führt der Bericht an, dass alle Terroranschläge in China 2013 von religiösen Extremisten verübt worden seien. „Die religiöse Infiltration stellt eine äußerst große Bedrohung für die ideologische Sicherheit des heutigen Chinas und eine schwerwiegende Gefährdung der nationalen Sicherheit Chinas dar“, heißt es in dem Blaubuch (nach [epaper.bjnews.com.cn/html/2014-05/07/content\\_510389.htm?div=-1&news](http://epaper.bjnews.com.cn/html/2014-05/07/content_510389.htm?div=-1&news); vgl. *People's Daily Online* 8.05.; *UCAN* 7.05.; ). – Zur Frage der religiösen Infiltration von Hochschulen siehe auch die Dokumentation dieser Nummer.

8. Mai 2014:

### Offizielle Bischofswahl in der Diözese Chengdu, Provinz Sichuan

In zwei Wahlrunden wurde der 1963 geborene Priester Tang Yuange mit 39 gegen 8 Stimmen von einem Wahlgremium aus 21 Priestern, 3 Diakonen sowie 23 Schwestern, Seminaristen und Laien zum Bischofskandidaten gewählt. Anwesend waren Bischof Luo Xuebin von Yibin und Bischof Chen Gong'ao von Nanchong, die beiden von Rom anerkannten Bischöfe Sichuans, sowie Regierungsvertreter. Die Approbation durch die staatlich sanktionierte offizielle Bischofskonferenz steht noch aus. Es sei unklar, ob der Vatikan einer Bischofsweihe von Tang zustimmen werde, schrieb *UCAN*. Die Nachrichtenagentur wies darauf hin, dass diese erste Bischofswahl in der offiziellen Kirche seit Amtsantritt von Papst Franziskus ein Prüfstein für die Beziehungen zwischen Beijing und dem Vatikan sein werde. Der Bischofssitz von Chengdu ist seit 1998 vakant. 2011 war bereits Priester Li Zhigang zum Bischofskandidaten gewählt worden, er starb jedoch kurz darauf (*UCAN* 9.05.; [www.sctzj.com](http://www.sctzj.com) 9.05.).

15. Mai 2014:

### Xinhua: Symposium in Urumqi ruft chinesische Muslime zu Widerstand gegen religiösen Extremismus und Terrorismus auf

Das Symposium in Urumqi wurde von der Chinesischen islamischen Vereinigung veranstaltet. Wang Zuo'an, der Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, erklärte dort, religiöser Extremismus habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sei eine „böartige Verdrehung und Geiselnahme der Religion“. Terrorismus sei weder ein ethnisches Problem noch das Problem einer bestimmten Religion, sondern ein Feind der menschlichen Zivilisation. – In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Anschlägen, für die die chinesischen Behörden uigurische Separatisten verantwortlich machten. Bei dem schwersten Anschlag auf einen Markt in Urumqi am 22. Mai kamen 43 Menschen, darunter 4 Angreifer, ums Leben, über 90 wurden verletzt (*New York Times* 23.05.; *Xinhua* 16.05.).

18.–19. Mai 2014:

### Katholiken aus Südkorea übergeben nordkoreanischen Katholiken in Shenyang (China) Einladung zur Papstmesse

Südkorea lädt katholische Gläubige aus Nordkorea zur Messe mit Papst Franziskus am 18. August in Seoul ein, wie ein Vertreter der Koreanischen Bischofskonferenz mitteilte. Diese Einladung sprachen südkoreanischen Katholiken bei einem Treffen mit nordkoreanischen Katholiken in Shenyang aus – berichtete die vatika-

nische Nachrichtenagentur *Fides*. Papst Franziskus wird Südkorea vom 14.–18. August besuchen. – Laut *Vatican Insider* spekulieren „informierte Beobachter“, der Papst könnte auf der Reise nach Korea einen Zwischenstopp in Beijing einlegen (*Fides* 26.05.; *Vatican Insider* 13.06.).

21. / 24. Mai 2014

#### **Papst Franziskus ruft zum Gebet für die Katholiken in China auf**

Am 21. Mai sagte der Papst – unter Verwendung von Worten seines Vorgängers – am Ende der Generalaudienz auf dem Petersplatz: „Am 24. Mai feiern wir den liturgischen Gedenktag der Allerheiligsten Jungfrau Maria Hilfe der Christen, die sich im Marienheiligum von Sheshan in Shanghai großer Verehrung erfreut. Ich bitte alle Gläubigen um ihr Gebet, damit unter dem Schutz der Mater Auxiliatrix die Katholiken in China weiter glauben, hoffen und lieben und, unter allen Umständen, Sauerteig für ein harmonisches Zusammenleben aller Bürger sein können“ ([www.vatican.va](http://www.vatican.va) 21.05.). Der Gebetstag für die chinesische Kirche wurde in China selbst und weltweit begangen.

26. Mai 2014:

#### **Nationale protestantische Leitungsgremien geben sieben Bestimmungen für die theologischen Seminare heraus**

Die sieben „zum probeweisen Gebrauch“ veröffentlichten Bestimmungen betreffen Dozenten und Studienabschlüsse an theologischen Seminaren. Der Chinesische Christenrat und die Nationale Drei-Selbst-Bewegung entsprachen damit den Vorgaben zweier Dokumente des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, die am 1. Januar 2013 in Kraft traten, nämlich den „Maßnahmen zur Anerkennung des Status, der Rangbezeichnungen und der Ernennung von Dozenten an religiösen Ausbildungsstätten“ sowie den „Maßnahmen zur Verleihung akademischer Grade an religiösen Ausbildungsstätten“ ([www.ccctspm.org/news/ccctspm/2014/526/14526770.html](http://www.ccctspm.org/news/ccctspm/2014/526/14526770.html); vgl. *China heute* 2012, Nr. 4, S. 219).

28. Mai 2014:

#### **Frau in MacDonalds-Filiale in Shandong wird von Personen erschlagen, die als Mitglieder der „Kirche vom Allmächtigen Gott“ identifiziert werden**

Wie chinesische staatliche Medien berichteten, erschlugen sechs Personen in dem Restaurant in der Stadt Zhaoyuan brutal eine 37-jährige Frau, als diese sich weigerte, ihnen ihre Telefonnummer zu geben. Der Angriff habe begonnen, nachdem eine Frau aus der Gruppe die 37-jährige als bösen Geist bezeichnet

habe. Im chinesischen Fernsehen wurden dazu Ausschnitte von einer anscheinend mit einem Handy gedrehten Videoaufnahme des Vorfalls gezeigt. Die örtliche Polizei erklärte am 31. Mai, dass die sechs Personen, darunter ein Vater und seine drei Kinder (zwei davon Erwachsene), Anhänger der „häretischen Sekte“ vom Allmächtigen Gott seien. Die Hongkonger Zeitung *South China Morning Post*, die mit einem Verwandten des Opfers und Zeugen des Vorfalls gesprochen hatte, berichtete, dass die Familie des Opfers am 3. Juni vor dem Restaurant der Toten gedachte und Opfergaben aus Papier verbrannte. In einem offenen Brief vom 6. Juni verurteilten die Leitungsgremien der offiziellen protestantischen Kirche das „wahnsinnige Verbrechen“ und riefen die Christen zu Wachsamkeit gegenüber der „häretischen Organisation“ auf. Die Parteizeitung *People's Daily* sprach von einer „typischen Kulttötung“. Derzeit operierten schätzungsweise 14 Kultorganisationen in China, so die Zeitung. Nach dem Mord begannen alle Medien, Lokalbehörden und Schulen vor den Gefahren böser Kulte zu warnen, hieß es in der *New York Times* (17.06.; *Nanfang zhoumo* 5.06.; *People's Daily Online* 5.06.; *South China Morning Post* 4.06.; *Xinhua* 31.05.; [www.ccctspm.org/news/ccctspm/2014/66/1466769.html](http://www.ccctspm.org/news/ccctspm/2014/66/1466769.html)). Die in den 1990er Jahren gegründete „Kirche des allmächtigen Gottes“ (auch „Lehre vom Östlichen Blitz“) verkündet den Allmächtigen Gott oder Zweiten Christus, eine Wiedergeburt Christi in Gestalt einer chinesischen Frau, dessen Antithese Satan oder der „große rote Drache“ ist, den die Sekte mit der KP Chinas identifiziert. Sie wirbt seit Jahren vor allem in christlichen Gemeinden Gläubige ab.

30. Mai 2014:

#### **Administrator der Diözese Yujiang wird von Behördenvertretern verschleppt**

Der Priester Johannes Peng Weizhao wurde aus der Wohnung eines Priesters in Linchuan an einen unbekannt Ort „mitgenommen“ und war zwei Wochen später immer noch verschwunden, wie *UCAN* berichtete. Beamte des lokalen Religionsbüros von Linchuan gaben an, es handle sich um eine Aktion der Provinzregierung von Jiangxi. Der Grund für die Festnahme wurde nicht bekannt. Priester Peng, der zur nicht-registrierten katholischen Gemeinschaft im Untergrund gehört, wurde 2012 vom Heiligen Stuhl zum Apostolischen Administrator der Diözese Yujiang ernannt, nachdem der betagte Bischof Zeng Jingmu zurückgetreten war. In der Provinz Jiangxi hat die offizielle Kirche alle fünf Diözesen der Provinz (darunter Yujiang) 1985 zur Diözese Jiangxi zusammengelegt, während

die Kirche im Untergrund weiter der vatikanischen Einteilung folgt. Laut *AsiaNews* kommentierte eine kirchliche Quelle aus China: „Sie versuchen, alle Kandidaten für das Bischofsamt in der Untergrundkirche zu eliminieren“ (*AsiaNews* 11.06.; *UCAN* 9.09.).

4. Juni 2014:

#### **Hongkong: Rekordzahl bei Gedenkfeier für die Opfer vom Tian'anmen-Platz 1989**

An der Hongkonger Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Massakers vom Tian'anmenplatz vor 25 Jahren nahmen laut Schätzung der veranstaltenden Hongkonger Allianz zur Unterstützung der Demokratiebewegung in China ca. 180.000 Personen (laut Polizei 99.500) teil. Vor der Rally trafen sich Christen zu einer Gebetsvigil, die die Kommission *Justitia et Pax* der katholischen Diözese Hongkong organisierte. Zu den Einzelheiten siehe die Informationen dieser Nummer. K. Feith

8. Juni 2014:

#### **South China Morning Post: Beijing und Vatikan bereiten sich auf Wiederaufnahme von Gesprächen vor**

Dies schrieb die Zeitung unter Berufung auf eine dem Heiligen Stuhl nahestehende Person, die sagte, der Vatikan warte nun auf eine Bestätigung für Ort und Zeit der Gespräche durch Beijing. Es wären die ersten formalen Gespräche zwischen Beijing und dem Vatikan seit 2010, so die Zeitung. Sie zitierte Bischof Fang Xinyao, den Vorsitzenden der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung, mit den Worten, jetzt sei eine ideale Zeit für die Aufnahme von Beziehungen mit dem Vatikan (*South China Morning Post* 8.06.).

10. Juni 2014:

#### **Inspektor für Parteidisziplin wirft Chinesischer Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) vor, von ausländischen Mächten infiltriert zu sein**

Wie die *South China Morning Post* berichtete, wurde die Kritik von Zhang Yingwei geäußert, als er einen Besuch von Vertretern der Disziplin-Kontrollkommission der KP Chinas am 10. Juni bei der CASS anführte. Ein Bericht darüber erschien auf der Website der CASS, wurde aber bald wieder entfernt. Die CASS habe ideologische Probleme, sagte Zhang diesem Bericht zufolge bei dem Besuch. Sie benutze akademische Forschung als Deckmantel für andere Zwecke, verwende das Internet zur Verbreitung von Theorien, die fremden Mächten in die Hände spielten, und lasse unangebrachten ausländischen Einfluss auf sensitive Themen zu. Er sprach auch von „illegalen Absprachen“ zwischen Experten der CASS und ausländischen Interessen in sensitiven Zeiten und mahnte mehr politisches Bewusstsein bei den Wissen-



schaftlern an. Es werde für niemanden eine Ausnahme geben (*South China Morning Post* 15.06.).

10. Juni 2014:

### **Weißbuch des Staatsrats betont Kontrolle Beijings über Hongkong**

Mit einem vom Informationsbüro des Staatsrats herausgegebenen „Weißbuch“ wurde Hongkong daran erinnert, dass es der Kontrolle Beijings unterliegt. „Die Zentralregierung übt uneingeschränkte Verwaltungsbefugnisse gegenüber allen Verwaltungseinheiten einschließlich der Sonderverwaltungszone Hongkong aus. ... Die Sonderverwaltungszone verfügt nur über so viel Macht, wie sie von der Zentralregierung übertragen bekommt“, heißt es in dem Weißbuch. Es stieß in Hongkong vielfach auf Kritik und beflügelte nach Meinung von Kommentatoren die Teilnahme am inoffiziellen Referendum zur Wahl des Hongkonger Chief Executive vom 20.–29. Juni (s.u.). Deutscher Text des Weißbuchs „Die Umsetzung der Richtlinie ‚Ein Land, zwei Systeme‘ in der Sonderverwaltungszone Hongkong“ unter [german.china.org.cn/pressconference/2014-06/19/content\\_32710755.htm](http://german.china.org.cn/pressconference/2014-06/19/content_32710755.htm).

11. Juni 2014:

### **Absichtserklärung zur Errichtung eines Zentrums für orthodoxe Kultur an der Fremdsprachenuniversität Shanghai**

Die Absichtserklärung wurde in Shanghai von Prof. Cao Deming, dem Rektor der Universität, und Archimandrit Tikhon (Shevkunov) vom Rat für Kultur des Moskauer Patriarchats unterzeichnet. Zu den künftigen Aufgaben des Zentrums gehört u.a. die Veröffentlichung eines chinesisch-russischen Bibelwörterbuchs und eines Wörterbuchs orthodoxer Begriffe ([pravoslavie.ru](http://pravoslavie.ru) 16.06.).

Mitte Juni 2014:

### **Nationaler Sicherheitsrat soll Überprüfung aller NGOs mit ausländischem Hintergrund angeordnet haben**

Laut einer Bekanntmachung der Regierung der Stadt Yuncheng (Provinz Shanxi), die Mitte Juni auf einem lokalen Nachrichtenportal erschienen sein soll, hat der Nationale Sicherheitsrat eine Überprüfung der ausländischen NGOs und ihrer Beziehungen zu chinesischen Partnern angeordnet, die von Mai bis Ende Juli 2014 dauern und die „Verwaltungsstandards weiter stärken“ soll. Wie *AFP* mit Bezug auf andere chinesische Nachrichtenportale berichtete, wurde der Link zu der Originalmeldung bald darauf gekappt, es kursierten aber Screenshots. Es gab keine Bestätigung von offizieller Seite für eine solche Aktion. Der neu eingerichtete Nationale Sicherheitsrat

wird von Präsident Xi Jinping geleitet und tagte zum ersten Mal am 16. April 2014 (*AFP* 20.06.; *UCAN* 7.05.).

18. Juni 2014:

### **UCAN: Bischof Ma Daqin (Shanghai) bleibt auch nach zwei Jahren im Hausarrest**

Bischof Ma müsse seine „Reue und Reflexion“ fortsetzen, sagten Regierungsbeamte zu Priestern und Schwestern der Diözese Shanghai, die im Juni an einem „Studienkurs“ teilnahmen. Dies bedeute, dass Bischof Ma nicht herauskomme, um die Leitung der Diözese zu übernehmen, sagte ein Kursteilnehmer zu *UCAN*. Bischof Ma ist in *de facto*-Hausarrest, seit er unmittelbar nach seiner Bischofsweihe am 7. Juli 2012 seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung erklärte. – Im März hatte *Reuters* unter Berufung auf eine dem Heiligen Stuhl nahestehende Quelle berichtet, die chinesische Regierung habe privat signalisiert, dass sie Ma zum Ortsbischof von Shanghai ernennen und zwei langjährig inhaftierte Bischöfe freilassen könne. Liu Bainian, der einflussreiche Ehrenvorsitzende der Patriotischen Vereinigung, sagte hingegen zu *Reuters*, Ma habe [mit seiner Austrittserklärung] die Bischöfe getäuscht und die Regierung wie auch die Öffentlichkeit betrogen, wie könne er dann die Verantwortung für eine so große Diözese übernehmen? Er habe klar unter dem Einfluss von Ausländern gestanden (*Reuters* 31.03.; *UCAN* 18.06.).

20.–29. Juni 2014:

### **780.000 Hongkonger beteiligen sich am inoffiziellen Referendum zur Wahl des Chief Executive**

Damit nahmen fast 10% der Hongkonger Bevölkerung, deutlich mehr als erwartet, an der von der pro-demokratischen Gruppe „Occupy Central“ organisierten Umfrage teil. Sie konnten zwischen drei verschiedenen Möglichkeiten einer Nominierung der Kandidaten für das Amt des Chief Executive durch das Volk entscheiden. Für 2017 steht die erste Direktwahl des Chief Executive an, viele Hongkonger befürchteten jedoch, dass die Nominierung der Kandidaten von Beijing bestimmt wird. Beijing bezeichnete das Referendum, das keine rechtlich bindende Wirkung hat, als „illegale Farce“. Die Teilnahme an der Umfrage war online sowie in 15 Wahllokalen möglich, von denen drei in katholischen Pfarreien und eine beim evangelischen Hongkonger Christenrat eingerichtet wurden. Der 82-jährige emeritierte Hongkonger Kardinal Joseph Zen hatte ab 7. Juni mit einem siebentägigen Fußmarsch um das Hongkonger Territorium, auf dem er von bis zu 200 Menschen begleitet wurde, für die Teilnah-

me am Referendum geworben. Der Hongkonger Bischof Kardinal John Tong erklärte am 2. Juli gegenüber *KNA*: „Nach der Lehre der katholischen Kirche ist die Demokratie ein hohes Gut, das wir als Kirche verteidigen müssen“ (*AsiaNews* 9.06.; *Hong Kong Sunday Examiner* 28.06.; *KNA* 3.07.; *South China Morning Post* 22.,23.,24.06.; *UCAN* 13.,30.06.; *Xinhua* 20.,24.06.).

25. Juni 2014:

### **Interfax: Älteste orthodoxe Kirche Chinas in Wuhan könnte chinesisch-russisches Kulturzentrum werden**



Die St. Alexander Nevsky-Kathedrale. Foto: OCP.

Bereits im Februar 2014 war auf einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppe für Kooperation zwischen dem Förderationskreis Wolga und der Region Ober- und Mittel-Yangtse die gemeinsame Restaurierung der 1893 erbauten St. Alexander Nevsky-Kathedrale beschlossen worden. Sie wurde nach den 1950er Jahren enteignet und als Lagerhaus benutzt, seit 1998 steht sie unter Denkmalschutz. Auf einem weiteren Treffen im Wolga-Yangtse-Format sagte Wolgas Vertreter Mikhail Babich, die Kirche könne nach der Renovierung sowohl als Kirchenmuseum als auch als ein der Geschichte der regionalen russisch-chinesischen Beziehungen gewidmeter Ort dienen (*Interfax* 25.06.).

26. Juni 2014:

### **25 Anhänger der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ in Ningxia zu Gefängnisstrafen verurteilt**

Die Sektenmitglieder wurden der Verbreitung von Material der „Kirche des Allmächtigen Gottes“ in der Öffentlichkeit, der Störung der gesellschaftlichen Ordnung und der Unterminierung von Gesetzen und Rechtsbestimmungen angeklagt und vom Volksgerichtshof des Kreises Xiji zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und acht Jahren verurteilt (*Xinhua* 27.06.). Vgl. auch den Eintrag vom 28. Mai 2014.

Katharina Wenzel-Teuber

Alle Quellenangaben in der „Chronik“ beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2014.